

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 50 Pfennig pro
3gepalte Pestszeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 49 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telefon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 5. Dezember 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Streitnotigen. — An alle Mitglieder. — Der Zusammenschluß des Offenbacher Industriebezirks. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Ausland. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bücherchau. — Adressänderungen. — Sterbetafel. — Zentraltransientenliste der Sattler, Portefeuille und Berufsgenossen Deutschlands. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 7. bis 13. Dezember
1919 ist der 50. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die
Kollegen in ihrem eigenen Interesse ersucht,
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-
kundigen.

An alle Mitglieder!

So

lange der Krieg währte, regelte sich die Durch-
führung unserer Lohnbewegungen so einigermaßen
nach den Bestimmungen des Statuts. Es wurde
zwar nicht jede kleine Bewegung angemeldet und
war dieses auch nicht immer notwendig, weil all-
gemein der Reichstarif für die Lederverwaren-
industrie die Richtlinien abgab und man mehr oder
minder im Rahmen des Vertrags blieb. Auch der
Umstand, daß bei Differenzen unter gegenseitigem
Vorbehalt weitergearbeitet wurde, machte die spon-
tane Arbeitsniederlegung zur Seltenheit. Nach Ein-
tritt der Revolution änderte sich die Sachlage durch-
weg. Seit Anfang des Jahres 1919 leben wir in
einer einzigen großen Lohnbewegung. Die wenigsten
Bewegungen gelangen zur Kenntnis des Vorstandes.
Meistens erhält der Kassierer durch die Kosten-
rechnung zuerst Kenntnis von einer verflochtenen Be-
wegung. Soweit diese Bewegungen keine weiteren
Folgen ziehen,

geht

es noch an. In den letzten drei bis vier Monaten
wird der Vorstand samt den Bestimmungen,
welche sich die Mitglieder auf ihren Verbandstagen
gegeben haben, völlig beiseite gesetzt. Jetzt ist es
zur Regel geworden, per Depesche dem Vorstand mit-
zuteilen, daß hier oder dort eine Arbeitsnieder-
legung stattgefunden hat. In sehr vielen Fällen folgt
kaum noch ein auflärender Brief. Zumeist handelt
es sich aber um Bewegungen, die wochenlang vor-
bereitet sind und die dem Vorstand nicht gemeldet
wurden. Wir sind daher genötigt, den Mitgliedern

samt den Funktionären ins Gedächtnis zu rufen,
daß der Verbandstag in Nürnberg nichts an den
Bestimmungen für die Durchführung der Lohnbewe-
gungen und Arbeitsniederlegungen geändert hat und
daß jede Bewegung mindestens drei oder vier Wochen
vor ihrer Durchführung beim Vorstand zur An-
meldung zu bringen ist. Sofern

es

die tarifvertraglichen Bestimmungen zulassen, wird
der Vorstand zumeist einer Lohnbewegung die Zu-
stimmung nicht verweigern. Anders liegt es mit der
Arbeitsniederlegung. Diese kann und darf nicht eher
erfolgen, als bis der Vorstand unter durchaus
sachlicher Prüfung nach den Bestimmungen des
Statuts seine Zustimmung dazu erteilt hat. Der
Vorstand hat in seiner letzten Sitzung am Montag,
den 24. November, eingehend zu dieser Frage Stel-
lung genommen und einstimmig den Standpunkt ein-
genommen, daß für ihn die Bestimmungen des Sta-
tuts maßgebend und unsere Mitglieder verpflichtet
sind, ihrem selbstgegebenen Gesetze Folge zu leisten.
Der Vorstand übernimmt keine Verantwortung, die
sich aus den von uns nicht genehmigten Arbeits-
niederlegungen ergeben und wird die Mitgliedschaft
insbesondere auf die Bestimmung aufmerksam ge-
macht, daß die Verwaltungsstellen, welche ohne vor-
herige Genehmigung des Vorstandes die Arbeit ein-
stellen, jedes Anrecht auf materielle Unterstützung
verlieren. Wir gefährden die Grundrechte einer
zentralen Organisation, wenn jedes Mitglied oder
jede Verwaltungsstelle eigene Gesetze aufstellt und
sich die Handlung von dem Augenblick diktiert läßt.
Der Vorstand verliert jeden Ueberblick und ist

nicht

in der Lage, die im Interesse des Verbandes not-
wendigen Maßnahmen zu treffen. Vor allen Dingen
müssen wir uns auf den Boden der abgeschlossenen
Verträge stellen. Beide Reichstarife unseres Berufes
haben einen Instanzenweg geschaffen, mit dessen
Hilfe es möglich ist, die meisten Differenzen zu be-
seitigen. Und nicht dieses allein. Man wird mit
Hilfe der örtlichen Instanzen auch in der Lage sein,
berechtigten Lohnansprüchen zu genügen. In den
letzten Wochen sind wiederholt Dinge vorgekommen,
die hart an Tarifbruch grenzen und haben wir jetzt
in drei Fällen erst durch die zentralen Geschäfts-
stellen der Arbeitgebervereinigungen Kenntnis von
der Einreichung von Forderungen erhalten. In einem
Falle erhielten wir durch ein Telegramm Kenntnis
von einer Arbeitsniederlegung bzw. Aussperrung, die
Gründe für diese Arbeitsniederlegung bekamen wir
aber auf dem Umweg über die Arbeitgebervereini-
gung zu erfahren. Wir machen bei dieser Gelegen-
heit darauf aufmerksam, daß der Reichstarif für die
Lederverwarenherstellung einen Passus enthält, nach der
Arbeitsniederlegungen und jedes Gewaltmittel aus-
geschlossen sind, sofern nicht die Instanzen des Ver-
trags angerufen wurden. Eine Arbeitsniederlegung
kann nur erfolgen mit Zustimmung des Vorstandes,
wenn der Arbeitgeber trotz der Entscheidung unserer
Tarifinstanzen dem Entschluß nicht Folge gibt und

sonit von der Unternehmervereinigung freigegeben
wird. Es darf also beim besten Willen so nicht
weiter

fortgehen, wie dieses in den letzten Wochen und Mo-
naten gegangen ist. Wir hoffen, daß unsere Mit-
glieder und vor allem auch die Funktionäre unserer
Organisation die unbedingt notwendige Disziplin
bewahren. Die Stärke der Arbeiterorganisationen
und namentlich die unserer Gewerkschaft lag vor-
nehmlich in der freiwilligen Ein- und Unterordnung
unter unser eigenes Gesetz, und das ist unser Statut.
Setzen wir diese Bestimmungen außer acht und ver-
lezen wir diese mit der bewußten Absicht zu zer-
stören, so untergraben wir das Fundament unseres
Gebäudes. Wer will das? Wir hoffen, niemand,
und darum beachte jeder die vier Capitel der Ge-
werkschaftsorganisation:

Ueberzeugungstreue, Opfermut, Soli- darität und Disziplin.

Wir sind die Letzten, die nicht die unglückliche Lage
unseres Landes und damit auch die der Arbeiter-
klasse anerkennen wollen. Es ist vieles am deutschen
Volke gesündigt worden. Aber machen wir es des-
halb besser, wenn wir unsere eigenen Wirtschafts-
organisationen, unsere Interessenvertretung, die wir
in den Gewerkschaften besitzen, sabotieren? Nein,
wir schädigen uns nur noch mehr und deshalb

sei unser Ziel

ein möglichst enges Zusammenwirken mit dem Zen-
tralvorstand in allen Lagen.

Der Vorstandsvorsitz.

Der Zusammenschluß des Offen- bacher Industriebezirks.

Gemäß dem Beschlusse des Verbandstages in
Nürnberg, wonach sich die Verwaltungsstellen im
Offenbacher Industriebezirk ab 1. Januar 1920 zu
einer gemeinsamen, das gesamte Gebiet umfassenden
Verwaltungsstelle zusammenschließen sollten, tagte
am Sonntag, den 16. November, im Offenbacher Ge-
werkschaftshause eine Bezirkskonferenz, welche trotz
des schlechten Wetters, der verschneiten Wege und
des eingestellten Eisenbahnverkehrs von fast allen
Orten besetzt war. Es fehlten lediglich die Orte
Vergen-Enkheim und Weiskirchen, was
angesichts der obigen Umstände durchaus zu ent-
schuldigen ist. Dem 1. Punkt der Tagesordnung,
Abrechnung der Bezirkskasse vom 1. Juli 1909 bis
zum 30. September 1919, lag eine den Delegierten
vorgelagte Aufstellung zugrunde, welche die Entwid-
lung der Bezirkskasse innerhalb der zehn Jahre ihres
Bestehens gut veranschaulichte. Die Einnahme aus
Beiträgen betrug 53 285,95 M., der Zuschuß zur
Unterstützung arbeitsloser Kollegen 49 450,50 M.,
der Kassenbestand war am Schluß der Berichts-
periode 54 572,36 M. Der Kassenbericht wurde von
dem Kassierer Kollegen Wolter erstattet und im
ganzen gutgeheißen. Eine längere Debatte rief ein
Ausgabeposten von 1000 M. für den Jugendbau-
fonds hervor, fand aber schließlich keine Erlebigung
durch Uebergang zur Tagesordnung. Dem Kassierer
wurde Entlastung erteilt.

Der zweite und wichtigste Punkt der Tagesordnung lautet: Ausgestaltung der zukünftigen, gemeinsamen Verwaltungsstelle Offenbach. Kollege Krüger nahm Bezug auf den diesbezüglichen Beschluß des letzten Verbandstages in Nürnberg und stellte mit, daß von 22 früher selbständigen Verwaltungsstellen im Offenbacher Industriebezirk im Laufe der letzten Jahre schon zehn in der Verwaltung Offenbach a. M. aufgenommen seien und mithin nur noch 12 heute als selbständige Verwaltungsstellen bestehen. Der schon seit Jahren angestrebten Zusammenlegung sind bisher immer große Widerstände seitens der einzelnen Orte entgegengekehrt worden, welche verschiedenen Ursachen entspringen. In der letzten Zeit hat sich die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammenschlusses aber immer mehr herausgestellt und auch die Einsicht dafür hat mehr und mehr Platz gegriffen. Seit dem vorletzten Verbandstage in München war das Offenbacher Industriegebiet auch schon finanziell als einheitliches Ganzes erfasst und die Selbständigkeit der einzelnen Verwaltungen nur noch eine bedingte. So setzte der Nürnberger Verbandstag gewissermaßen nur noch den Schlüsselpunkt unter die bereits vollzogene Entwicklung und die Landorte haben keine Ursache, sich dem dort gefassten Beschlusse zu widersetzen. Sie können bei einer völligen Verschmelzung nur gewinnen und werden nach einem zur heutigen Beratung und Beschlussfassung vorgelegten Verteilungsplan bei der gemeinsamen Verwaltung mehr Einspruch haben, als das bisher der Fall sein konnte.

In der Diskussion wünscht Wurm den Standpunkt der Landorte zu wissen, die sich doch sicher gleichfalls in ihren Verammlungen mit der Frage befaßt haben. Becker macht dem Verbandstagsdelegierten Pfaff den Vorwurf, sich in Nürnberg bei der Abstimmung über diesen Punkt der Stimme enthalten zu haben, trotzdem er doch gegen eine Zusammenlegung war. Im übrigen bespricht er, daß bei zukünftigen Delegiertenwahlen dann immer nur die Stadt in Frage käme und der Landbezirk völlig unberücksichtigt bleiben wird. Die Bieberer Kollegenchaft habe sich gegen die Verschmelzung ausgesprochen und bittet darum zu erwägen, ob Bieber nicht noch wie vor eine selbständige Verwaltungsstelle bleiben könne. — Weyl sieht in dem Nürnberger Beschluß eine Vergewaltigung, an der man leider nun nichts mehr ändern könne. Er bespricht, daß durch die Zusammenlegung das Verbandsleben an den seither selbständigen Orten leiden und das Interesse der Kollegenchaft schwinden wird. Die Gauleitung habe seit Jahren systematisch auf eine Zusammenfassung hingearbeitet und so die Selbständigkeit der einzelnen Orte untergraben. Persönlich ist er nicht gegen den Zusammenschluß und auch die Fachsenheimer Kollegen seien dem nicht abgeneigt; doch will er die Kartellbeiträge am Orte gesichert haben. — Bernhardt kann in dem Verbandstagsbeschlusse eine Vergewaltigung nicht erblicken, um so weniger, als die Abhängigkeit der Landorte von der Stadt schon bisher gegeben war, und die Verhältnisse unbedingt zur engeren Zusammenfassung drängen. Widerstände gab es auch in Mühlheim, doch sieht man mehr und mehr ein, daß die Fusion notwendig und durchaus zweckmäßig ist. — Maronigh stellt fest, daß der Verbandstag diesmal diese Frage eingehend geprüft hat und in gerechter Würdigung der Verhältnisse zu seinem Beschlusse gekommen ist. Die Kräfte dürfen nicht gesplittet, sondern müssen zusammengefaßt werden, wenn wir unseren Aufgaben, die für das ganze Industriegebiet gemeinsame sind, gewachsen sein wollen. — Winter spricht sich für eine Verschmelzung aus und verwirft partikuläristische Bestrebungen. Er berichtet von einer Versammlung von Heimarbeitern in Oberkhausen, bei welcher er nur als Gast amnestend war. Die Interessen der Kollegen können nur gemeinsam wahrgenommen werden. — Pfaff wehrt sich gegen den Vorwurf des Kollegen Becker in bezug auf seine Richterstattung in Bieber. Von der Verschmelzung der Orte zu einer einheitlichen Verwaltungsstelle fürchtet er in Zukunft eine Ausschaltung des Landbezirks von der Mitarbeit. — Wolter betont, daß die Stadt Offenbach schon immer einen Teil der Verwaltungskosten für den Landkreis hat mittragen müssen, weil sich naturgemäß alle Arbeit hier kristallisierte. Wohl hätte man von den ländlichen Ortsverwaltungen in dieser Hinsicht mehr erwarten sollen, in vielen Orten aber sei absolut nichts getan worden und habe man dort alles der Gauleitung überlassen. Der Einfluß des Landes wird auch in der neuen Verwaltung gewahrt werden und für Mitarbeit sind wir immer dankbar. — Seib war früher nicht für eine Zusammenlegung, hat sich aber im Laufe der Jahre von der unbedingten Notwendigkeit überzeugt. Nur so ist eine geschlossene Phalanx gegen das Unternehmertum denkbar und die Möglichkeit einheitlicher Aktionen gegeben. Das Haupthindernis ist ein klein-

licher Vereinstgeist in den Landorten, der überwunden werden müsse, im Interesse des Ganzen. Die Zuziehung der Ortsvertreter zur gemeinsamen Verwaltung kann nur befruchtend wirken, weil die Landkollegen erst damit die nötige Fühlung mit der Stadt bekommen. Auch in Bezug auf zukünftige Delegiertenwahlen ist Seib nicht ängstlich. Dafür darf nur der Ländliche gut genug sein, einzeln, ob er in der Stadt oder auf dem Lande wohnt. — Becker wollte mit dem Vorwurf der Vergewaltigung nur die Auffassung der Mitglieder von Bieber wiedergeben. Die Verschmelzung bedeute für ihn keine Ueberrumpfung. — Wilhelm kann berichten, daß sich die Kollegen von Heusenstamm für die Verschmelzung erklärt haben, nur bestanden noch einige Unklarheiten, die nunmehr behoben sind. Schon allein die Heimarbeitfrage erfordert die engste Verbindung mit Offenbach. Sie müsse noch speziell ins Auge gefaßt werden, ist aber nur auf dem Boden des Gesamtverbandes und nicht etwa von den Heimarbeitern allein zu lösen. — Armbrüster weist auf die früheren Widerstände in Würge hin, die sich aber als ganz ungerechtfertigt erwiesen haben. Würge ist bei der Verschmelzung sehr gut gefahren und heute noch im Vorstand vertreten. — Wurm betont nochmals die Notwendigkeit festen Zusammenschlusses, wodurch die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen besser gesichert sei als seither.

Gauleiter Höf bittet die Delegierten, keine künstlichen Gegensätze zwischen Stadt und Land zu schaffen, da in Wirklichkeit keine vorhanden sind. Die Beteiligung an der Ortsverwaltung und das vorgezeichnete Vertretersystem schafft die Grundlage für eine volle Harmonie und zweckmäßiges Zusammenarbeiten, wobei dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen wird, ohne Rücksicht auf seinen Wohnort. Der jetzige Zustand läßt sich nur aus der historischen Entwicklung begreifen, ist aber schon lange nicht mehr zeitgemäß. Stadt- und Landgebiet ist in bezug auf unsere Industrieverhältnisse ein einheitlich organisches Gebilde und kann zweckmäßig nur unter einheitlicher, geschlossener Leitung zusammengefaßt werden. Die drei Offenbacher Beamten sind nunmehr Angestellten des ganzen Industriegebietes, was um so notwendiger ist, als der Gauleiter für die Heimarbeit in dem früheren Maße nicht mehr in Frage kommen kann. Von einer Vergewaltigung kann keine Rede sein, da durch den Zusammenbruch der Entpflichtung aller Kräfte, sofern nur das Wollen dahinter ist, die Bahn freigemacht wird. — Ott berichtet, daß die Kollegen von Hausen mit der Zusammenlegung einverstanden sind, obwohl ihr Delegierter in Nürnberg dagegen gestimmt hat. Wir fürchten keine Schädigung unserer Interessen bei der Umgestaltung. — Jung freut sich über die Einmütigkeit der Delegierten in dieser Sache und wirft nur noch die Frage auf, wohin die Fachsenheimer bzw. Bergen-Enkheimer Kollegen weichen, deren Eingemeindung mit Frankfurt anscheinend bevorstehe. Demgegenüber wird von Drexel erklärt, daß sich die Eingemeindung noch längere Zeit verzögert und Fachsenheim wirtschaftlich mehr zu Offenbach gehört. — Wittmann und Weigel sind ebenfalls für die Verschmelzung und wollen ihren heute geänberrten Standpunkt den Kollegen von Bieber gegenüber vertreten. — Die Debatte ist damit erschöpft.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergibt völlige Einmütigkeit in der Verschmelzungsfrage und wird beschlossen, daß die Orte Fachsenheim und Bieber je ein Mitglied in die engere Ortsverwaltung entsenden, während die Orte Mühlheim, Heusenstamm, Hausen, Oberkhausen und Neu-Isenbürg mit je einem Kollegen in der erweiterten Ortsverwaltung vertreten sind.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, Festlegung der Beiträge, ergibt ohne längere Diskussion folgende Beschlüsse: Die zweite Beitragsklasse wird für das Gebiet der neuen Verwaltungsstelle Offenbach ausgeschrieben. Danach zahlen männliche Mitglieder über 17 Jahre 1,25 Mk. plus 0,25 Mk. = 1,50 Mk. pro Woche. Weibliche Mitglieder über 17 Jahre zahlen 0,65 Mk. plus 0,15 Mk. Lokalbeitrag = 0,80 Mk. pro Woche, während männliche und weibliche Jugendliche den Beitrag von 0,40 Mk. wöchentlich ohne Lokalausschlag entrichten. Dementsprechend werden auch die aus der seitherigen Bezirkskasse gezahlten Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung heraufgesetzt. Die Entschäde betragen nunmehr mit Wirkung vom 1. Juli 1920, bei Tageslohn von 1 Mk. bzw. 0,75 Mark = 30 Mk. bzw. 24 Mk. nach einjähriger und 56 Mk. bzw. 36 Mk. nach dreijähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung. Von Frankfurt a. M. zuziehende Mitglieder werden als gleichberechtigt anerkannt, nachdem Kollege Höf die gleichen Beschlüsse für Frankfurt a. M. in Aussicht gestellt hat. Auch in diesen Fragen herrscht völlige Einigkeit und erfolgte die Annahme der Beschlüsse einstimmig. — Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht waren, deren Erledigung jedoch

der Ortsverwaltung überwiesen wurden, schloß die Bezirkssynode und in dieser Form wohl die letzte Bezirkskonferenz des Offenbacher Industriegebietes. Die gefassten Beschlüsse bedeuten die Erfüllung dessen, was seit Jahren angestrebt wurde und im Interesse des ganzen Wirtschaftsgebietes absolut notwendig war. Besonders erfreulich ist die Einmütigkeit, mit welcher nach den jahrelangen hartnäckigen Widerständen der Zusammenschluß vollzogen wurde. Die Bezirkskonferenz war gänzlich frei von dem kleinsten Geist, welcher so oft in früheren Konferenzen in die Erscheinung getreten ist. Eine historische Entwicklungsperiode in der Geschichte unserer Organisation ist damit abgeschlossen und ein neuer Abschnitt beginnt. Möge der Geist der Einigkeit und Geschlossenheit, der die letzte Bezirkskonferenz besetzte, befruchtend wirken auf die Weiterentwicklung der neuen Verwaltungsstelle Offenbach, welche damit heute schon circa 4700 Mitglieder zählt. Dann wird sie allen Zukunftsstürmen fest und sicher zu trotzen vermögen. C. S.

Aus unserem Beruf.

Die Nachfrage nach Leder gestaltet sich in den einzelnen Zweigen unseres Berufes recht verschieden. Das Sattlerleder wird sehr wenig und nur das notwendigste für den dringendsten Gebrauch gekauft. Dabei steigen die Preise noch fortgesetzt. Auf dem Bundestag der deutschen Sattlerinnungen hat man bekanntlich die Parole ausgegeben, die mögliche Zurückhaltung zu üben, um eine Preissteigerung herbeizuführen. Treibriemenleder wird sehr gut nachgefragt und steht für diese Fabrikation auch schon ausländisches Leder zur Verfügung, ohne dabei besonders teuer zu sein. Desgleichen wird Leder für den Auto- und Möbelbau stark begehrt und kommt es bei diesem Artikel wenig auf den Preis an. In der Portefeuilleindustrie deckt das Angebot bei weitem nicht die Nachfrage, die besonders recht stark wirkt durch die neuen Preissteigerungen, welche in Aussicht stehen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für die Leder- und Lederbearbeitende Industrie tagt am 3. Dezember hier in Berlin. Wir werden möglichst in der nächsten Woche einen Bericht bringen.

Aus Industrie und Handel.

Amerikas Vorrang im heutigen Handel ist so recht klar zu ersehen aus einer Notiz der Güteborger Handels- und Seefahrts-Zeitung. Hiernach wurden in Norwegen im September dieses Jahres 720 Automobile im Werte von 4 888 700 Kr. von Amerika eingeführt, dagegen nur 64 Automobile aus Deutschland im Werte von 241 000 Kr., von England 12 im Werte von 150 000 Kr., 16 von Italien im Werte von 70 000 Kr. und 49 zu 200 000 Kr. von Frankreich. Der mächtige Vorrang, den Amerika gegenüber den weißgebluteten europäischen Staaten besitzt, ist auffallend, weiter aber auch die Preisunteriede durch den Stand der niedrigen Saluta.

Aus Holland hört man die Klage, daß die deutsche Sattler- und Lederwarenindustrie, der für den Export nach Holland keine gesetzlichen Hindernisse entgegenstehen, wenig zuverlässig im Geschäft sei und man lieber in England kaufe, obgleich die Preise dort noch etwas höher sind. Ob bei dem heutigen Stand der Ausfuhr deutscher Ware und der tatsächlichen Entschöpfung von Rohmaterialien es ein allzu großer Schaden ist, auf eine begrenzte Zeit auf solchen Außenhandel zu verzichten, ist eine Frage, die wir beinahe bejahen möchten. Insbesondere kommt man zu dieser Auffassung, wenn man sieht, wie nicht allein die deutsche Ware, sondern mit ihr gleichzeitig das deutsche Kapital nach dem Ausland geschoben wird, durch die Errichtung von Bankfilialen im Ausland.

Die Lederwarenindustrie in Frankreich soll sich, Schweizer Meldungen zufolge, während des Krieges namentlich in guten und feineren Waren recht gut entwickelt haben. In Mittel- und Stapelartikeln ist Frankreich jedoch noch auf das Ausland angewiesen.

Die Ofgrenze unseres Reiches ist für die Ausfuhr von Leder und gewissen Lederwaren, wie Stiefel, Tornier (wir nehmen an Militärornier) gesperrt. Dagegen können Luxuswaren, also Handtaschen usw., über die Ofgrenze exportiert werden.

Auch Japan sucht sich unabhängig vom Ausland zu machen. Im Jahre 1918 führte Japan noch für 2 Millionen Yen an rohen Häuten und Fellen nach dem Auslande aus, davon sechs Siebentel nach Deutschland. Diese Ausfuhr ist völlig verschwunden und fast ebenso die Einfuhr an gewissen Artikeln aus Leder. Japan fertigt sich keine Treibriemen selbst an, und soll das japanische Produkt dem ausländischen gegenüber ebenbürtig sein. Die Herstellung der Leder für Pumpenventile solle ihnen nicht so gut gelingen. Auch versucht man Buchdruckwalzen anzufertigen, die hier in Deutschland gleichfalls vom Sattler hergestellt werden.

Husland.

Teuerzeitübereinkommen in Dänemark. Dem 'Medlemsblad' zufolge hat unsere skandinavische Bruderorganisation für Dänemark eine Lohnbewegung jetzt zu Ende geführt, die fast alle Städte und Branchen unseres Berufes berücksichtigt. Mit den Arbeitgeberorganisationen der verschiedensten Branchen wurde eine Teuerungszulage vereinbart und erhalten die

Reiseartikelfarbe bei einem Zeitlohn von 150-175 Dore pro Stunde 30 Dore Zuschlag, bei 175-200 Dore 25 Dore und bei über 200 Dore 20 Dore. Die Arbeiterinnen erhalten bei 100 Dore 25 Dore und bei über 100 Dore 20 Dore pro Stunde Zuschlag. Der Affordpreistarif wurde um 20 Proz. erhöht.

Bei den Treibriemenarbeitern wurden die Affordlösen um 15 Proz. erhöht. Die Zeitlohnarbeiter erhalten zu den neuen Stundenlöhnen Zuschläge in Höhe von 20 Proz.

Die Wagenstatter erhalten bei einem Stundenlohn von 2 Kronen 15 Proz. und bei weniger als 2 Kronen 18 Proz. Zuschlag.

Lapezierer und Linoleumleger erhalten ähnliche Zulagen. In der Provinz bleibt man allgemein 8 Proz. unter den Löhnen von Kopenhagen.

Die Wiener Tischler haben nach dreitägigen langwierigen Verhandlungen ein neues Lohnabkommen mit den Arbeitgebern abgeschlossen. Die Gehältern in den drei ersten Jahren nach der Lehre erhalten einschließlich aller Zuschläge in den Werkstätten bis zu fünf Beschäftigte 152-220 Kronen die Woche. Die Löhne der Facharbeiter bewegen sich zwischen 276 und 414 Kronen. Maschinennäherinnen erhalten 96-198 Kronen, Hilfsarbeiterinnen bekommen 80-144 Kronen. Weiter ist in dem Abkommen gesagt, daß jede weitere Lohnerhöhung oder Abbau durch die gemeinsame Lohnkommission zu erfolgen habe.

Die Wiener Riemeister haben erstmalig einen Tarifvertrag mit der Organisation abgeschlossen. Der Stundenlohn beträgt im ersten Jahre der Beschäftigung einschließlich 100 Proz. Zuschlag 1,30 Kronen, im zweiten 1,50 und im dritten 1,80 Kronen. Die Arbeiterinnen erhalten in derselben Reihenfolge 100, 120 und 140 Kronen pro Woche. Auch wird der Urlaub nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden.

Die Sattlerinnung in Wien hat dagegen die Forderungen auf Abschluß eines Tarifvertrages abgelehnt und ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Kampf kommt. Der Gehälternauschuß der Sattler warnt Eltern und Vormünder, ihre Pflöge das Sattlerhandwerk erlernen zu lassen, einmal aus Gründen der allgemeinen Niederlage des Gewerbes, ferner aber auch wegen der Rückständigkeit der Arbeitgeber.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Versammlung befaßte sich mit dem Wiederaufbau der Lokalkasse und schloß Kollege Meyer, daß durch die große Arbeitslosigkeit und auch durch die Familienunterstützungen der Herrenteilnehmer nur noch ein Bestand von circa 13 000 Mk. vorhanden ist. Die Ortsverwaltung habe eine Vorlage den Vertrauensmännern unterbreitet, einen Extrabeitrag von 2 Mk. für männliche Mitglieder und 1 Mk. für weibliche Mitglieder pro Woche zu erheben auf die Dauer von 13 Wochen. Die Vertrauensmännerversammlung habe diese Vorlage einstimmig gutgeheißen, aber die angeforderten 26 Mk. resp. 13 Mk. sollen in einem Zeitraum von 26 Wochen erhoben werden.

In der Diskussion waren sich alle Redner darüber einig, daß die Lokalkasse wieder aufgebaut werden müsse. Der Kollege Dohmert war der Ansicht, es genügen 10 Pf. pro Woche, und auch Kollege Schulze war gegen den hohen Extrabeitrag, den die Vertrauensmänner und Ortsverwaltung vorgeschlagen haben. Es wurde eingehend debattiert und schließlich mehrere Redner ganz vom Punkte der Tagesordnung ab. Es wurden drei Anträge im Laufe der Debatte eingebracht. 1. Antrag: Der Lokalbeitrag beträgt ab 1. Januar 1920 für männliche Mitglieder 35 Pf. und für weibliche Mitglieder 25 Pf. pro Woche (Dohmert). 2. Antrag: Die Generalversammlung wolle beschließen: Um die Aufbesserung der Lokalkasse durchzuführen, den neuen festgesetzten Wochenbeitrag von 1,50 Mk. für männliche Mitglieder auf 2 Mk. und für weibliche Mitglieder auf 1,25 Mk. für ein Jahr zu erhöhen. (Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Fischer.) 3. Antrag: Die Generalversammlung beschließt: 1. Die Krankenunterstützung fällt ab 1. Januar 1920 fort; 2. die Arbeitslosenunterstützung fällt ab 1. April 1920 fort. (Heinrich.) Die Vorlage der Ortsverwaltung und Antrag der Vertrauensmännerversammlung wurde schließlich mit

großer Mehrheit angenommen, ebenso der erste Teil des Antrages des Kollegen Heinrich. Festgesetzt wurde, daß vom 1. Dezember d. J. die Erhebung des Extrabeitrages beginnt. Auf Anfrage mehrerer Kollegen teilte Kollege Gottschalk mit, daß die Extrabeiträge obligatorisch seien, also bindend für alle Mitglieder. Es soll die Genehmigung des Zentralvorstandes eingeholt werden.

Sodann wurde die Diskussion über den Bericht vom Verbandstag eröffnet und war es überraschend, daß sich außer Frau Driesch niemand zum Wort meldete. Es muß daher angenommen werden, daß die Kollegenschaft mit der Stellungnahme der Delegierten auf dem Verbandstag einverstanden ist oder sie betrachtet diese Angelegenheit schon als überholt.

Im 'Verschiedenen' wurde ein Antrag des Kollegen Bobara angenommen. Er lautet: Kollegen, welche sich großer Verdienste gegen die Verbandsmehrheit schuldig gemacht haben, erhalten für Sitzungen, zu welchen sie ihrer Verdienste wegen geladen sind, keine Entschädigung. Auf mehrfache Anfrage teilte Kollege Gottschalk mit, daß es die Unternehmung ein Rundschreiben gesandt worden ist, das die wichtigsten Bestimmungen des Reichstaris enthält. Der Reichstaris sei immer noch nicht im Druck erschienen. Nachdem noch auf die Vertrauensmännerversammlung der Reiseartikelfarbe hingewiesen wurde, die besonders sehr gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Magdeburg. In der am 26. November stattgefundenen Versammlung berichtete Kollege Jänike aus Halle als Delegierter über den Verbandstag in Nürnberg. Seine Ausführungen wurden von den Kollegen mit großem Interesse aufgenommen. Nach diesem Bericht entspann sich eine lebhafte Debatte und wurde folgende Resolution angenommen: 'Die Magdeburger Ortsverwaltung erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden, sie bedauert sehr, daß die Opposition so in den Hintergrund gedrückt wurde und daß man ihr nicht mehr Rechte eingeräumt hat.' Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Jänike für seinen Bericht. Als Lokalaufsicht wurde für männliche Mitglieder 25 Pf. für weibliche 15 Pf. festgesetzt. Zu der Lohnbewegung in der Geschirrbrauerei wurde berichtet, daß eine 30prozentige Lohnerhöhung vorgeschlagen war und wurden folgende Forderungen festgesetzt: bis 21 Jahre 2 Mk. pro Stunde, bis 25 Jahre 2,30 Mk. pro Stunde, über 25 Jahre 2,70 Mk. pro Stunde. Die neuen Löhne sollen ab 15. Dezember gezahlt werden. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die von 80 Kollegen besuchte Versammlung. Unsere nächste Versammlung findet am Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, bei Kleine, Faglohberg 9, statt. In der Versammlung hält uns der Kollege Stein einen Vortrag über: 'Das Genossenschaftswesen'. Dazu sind auch die Frauen der Mitglieder eingeladen.

Nürnberg. Am 17. November nahmen die Nürnberger Mitglieder in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zur Neuregelung der Beitragsfrage. Die Kollegen Schramm und Meyer begründeten den Vorschlag der Verwaltung, für Nürnberg die erste Klasse für männliche, die dritte Klasse für weibliche Mitglieder obligatorisch einzuführen. Hierzu soll ein Lokalfassenzuschlag von 25 bzw. 15 Pf. treten. Dieser Vorschlag fand in der Diskussion Zustimmung; doch wurde vielfach die Meinung vertreten, daß für Nürnberg nicht nur in der Beitragsleistung, sondern auch in der Lohnzahlung die erste Tarifklasse Anwendung finden müßte. Nachdem vor allem die Kollegen Böhner und Meyer gegen eine Verquickung dieser beiden Fragen gesprochen hatten, obwohl sie die Forderung der Kollegen in der Lohnfrage als berechtigt anerkannten, wurde der Vorschlag der Verwaltung gegen eine Stimme, bei wenigen Stimmenthaltungen, angenommen.

Ueber die Lehrlingsfrage, die nach den Bestimmungen des Gewerkschaftsstatutes geregelt werden soll, referierte Kollege Meyer. Diese Frage soll in den einzelnen Branchenversammlungen eingehend beraten werden. Kollege Ehrbacher erstattete den Kartellbericht. Hierzu wurde beschlossen, Sammellisten für eine Weihnachtsgesandtschaft der Kinder arbeitsloser Gewerkschaftsmitglieder zu formulieren zu lassen.

Als Beisitzer für die Schlichtungskommission für die Lederwaren- und Portefeuilierindustrie wurden die Kollegen Ehrbacher, Schramm, Reumann und Pfeifer gewählt.

Bei einer Aussprache über die Notwendigkeit der Zuschußfrankenkassen brachte Kollege Meyer zur Sprache, daß der Vorsitzende der hiesigen Ortsverwaltung der Sattler- und Portefeuilierfrankenkasse aus dem Verband ausgestiegen ist, trotzdem er sich vor vier Wochen als Jubilar des Verbandes feiern und beschenken ließ. Die Begründung dieses Ausschlusses lautete, daß er jetzt Weisler sei und deshalb nicht mehr bei uns Mitglied sein könne.

Rundschau.

Billiges Land für Kleingärten. Ein Beschluß der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung verpflichtet die Gemeinden zur Vergabe vom Land für die Anlage von Kleingärten. Die Abgabe hat zu billigen Preisen zu erfolgen. Besonders soll in der Umgebung von Industrieorten und der allem von Städten möglichst umfangreiches Gelände für den genannten Zweck zur Verfügung gestellt und an die nicht landbesitzende Bevölkerung oder an gemeinnützige genossenschaftliche Organisationen abgetreten werden. Die Bezirkskommissare sind unter Hinweis auf die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 von dem Herrn preussischen Minister für Volkswohlfahrt angewiesen werden, in geeigneten Fällen auf die Gemeinden entsprechend einzuwirken.

Billige Schuhwaren. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission ersucht uns, darauf hinzuwirken, daß die Konsumgenossenschaft Berlin-Staatenberg in dem Hause Brunnstraße 188-90 ein Konfektionshaus errichtet und daß vom 1. Dezember ab Stiefel (auch bessere) aus den Restbeständen der Amerikatruppen preiswert abgegeben werden.

Bücherschau.

Volkerverband der Bücherfreunde. Der Wille zur Freiheit einer neuen geistigen Kultur ist erwacht und alle, die den bedeutungsvollen Nachnamen 'Volk' mit Bewußtsein tragen, wollen den Weg in die Zukunft als Kundige gehen. Froh greift das Volk zum Weiser des Wissens, zum Buche. Besitzfreude und Kraft, die es spendet, allen teilschaftig zu machen, schließen alle sich zusammen, durch Gemeinsamkeit überwindend, was den einzelnen aus Teuerungsgründen unerschaffbar bleibt.

Im Volkerverband der Bücherfreunde, dem ohne einen Mitgliedsbeitrag alle, auch Vereine, Verbände, Organisationen und Einzelpersonen angehören, ist dem großen Wert der Sozialisierung des Bildungswesens der stärkste Helfer entstanden.

Fürzlich erschienen zunächst vier literarisch wertvolle Bände, künstlerische, dem jeweiligen Inhalt angepaßte Einbände, typographisch und in der Papierwahl würdige Ausstattung wird die also zustande kommende Bibliothek zur Heimstätte von Kunst und Schönheit machen.

Der Volkerverband der Bücherfreunde beginnt im Laufe dieses Jahres seine Erscheinungen mit Goethes 'Faust'.

Die kritische Durchsicht besorgte A. Coergel. Die Buchausstattung überwachte Edmund Schaefer. Gedruckt wurde der Band in der Offizin Bruno Bergmann, Berlin, mit der Maximilianstrasse von Gebr. Klingenspor in Offenbach. Der Einband ist nach einem alten Muster von 1884.

Der Volkerverband pflegt neben den Klassikern kulturgeschichtliche und Reiseerzählungen, den modernen Roman und Poesie. Die Bände werden nur an Mitglieder veräußert, überschreiten den Preis von 6,50 Mk. für den gebundenen, 350-500 Seiten starken Band nicht, sind aber nicht im Buchhandel erhältlich.

Eine literarisch wertvolle Werbeschrift, mit Geleitworten von Minister Goemig und bekannten Führern im Volksbildungs- und Gewerkschaftswesen, mit Beiträgen von Max Halbe, Hermann Sudermann, Friedrich Haßler, Otto Klafke, Albert Coergel, Dr. M. Conrad und anderen, mit Holzstichen und Federzeichnungen von Edmund Schaefer und Bruno Witte, ist bereits erschienen. Sie wird unbedeutend ausgegeben und unterrichtet eingehend über den Volkerverband der Bücherfreunde, der sich in allen großen Städten aufgetan und seinen Sitz auch in Berlin W. 50, Rautestraße 34, hat.

Adressenänderungen.

Mit. Kassierer ist Emil Meßger, Weinstraße 8.

Sterbetafel.

- Berlin. Oskar Teubner, Portefeuilier, im Alter von 73 Jahren.
 - Johann Zwersen, Koffermacher, im Alter von 39 Jahren.
 - Berlin. Hermann Haftmann.
 - Stuttgart. Emil Schwarz, Lungenseiden, 43 Jahre alt.
 - Hugo Weber im Marienhospital.
 - Konrad Riethammer, Schlaganfall, 61 Jahre alt.
- Ere ihrem Andenken.

Zentralkrankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands (Früher C. H. 64 zu Berlin).

An alle Mitglieder!

Vom Aufsichtsamte für Privatversicherung sind die auf der Hamburger Generalversammlung beschlossenen Satzungsänderungen genehmigt worden. Die neue Satzung tritt mit Beginn des Jahres 1920 in Kraft.

Im neuen Jahre beträgt demnach der regelmäßige Wochenbeitrag in der I. Klasse 1 Mk., II. Klasse 80 Pf. und in der III. Klasse 60 Pf. Außerdem wird vierteljährlich eine besondere Extrasteuer in Höhe des wöchentlichen Beitrages erhoben. Der erste Wochenbeitrag des Jahres 1920 ist für die Woche vom Sonntag, den 28. Dezember 1919, bis Sonnabend, den 3. Januar 1920, zu entrichten.

Im Interesse der Geschäfts erleichterung bitten wir alle Mitglieder, die im Jahre 1919 noch fälligen Beiträge bis zum Jahreschluss zu begleichen. Ab 15. Februar 1920 werden in allen Verwaltungsstellen nur noch die neuen Beitragsmarken geführt. Etwaige Restbeiträge vom Jahre 1919 können von diesem Tage ab nur mit den erhöhten Beiträgen beglichen werden.

Das Krankengeld für Mitglieder, welche der Kasse bereits 52 Wochen und länger angehören, beträgt ab 29. Dezember 1919 in der I. Klasse 4,33³/₁₀ Mk., II. Klasse 3,46⁶/₁₀ Mk., III. Klasse 2,60 Mk. pro Tag. Für Mitglieder, die der Kasse noch keine 52 Wochen angehören, die Hälfte dieser Sätze.

Für alle Krankheitsfälle, die bereits vor dem 28. Dezember 1919 eingetreten sind, wird in jedem Falle während der ganzen Dauer dieser

Krankheit Krankengeld nur nach den alten Sätzen des Statuts gezahlt.

Das Sterbegeld beträgt ab 29. Dezember 1919 für Mitglieder, die der Kasse bereits 52 Wochen oder länger angehören, in der I. Klasse 140 Mk., II. Klasse 112 Mk., III. Klasse 84 Mk. Für Mitglieder, die der Kasse noch keine 52 aber mindestens 26 Wochen angehören, wird die Hälfte dieser Sätze berechnet.

Ganz besonders verweisen wir auf die außerordentliche Vergünstigung, daß allen Mitgliedern, ohne Unterschied des Alters, gestattet ist, im Laufe des 1. Quartals in eine höhere Klasse überzutreten. Der Uebertritt von einer höheren in eine niedrigere Klasse kann dagegen zum Quartalschluss jederzeit erfolgen.

Der Vorstand.

Ernst Schülze, Vorsitzender.
Wilhelm Giese, Sekretär.

Verband der Sattler und Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.

Am Donnerstag, den 11. Dezember 1919 abends 6 Uhr, findet in Voeters Festsaal, Weberstr. 17 eine

Außerordentliche Generalversammlung

statt.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Nachmalige Stellungnahme z. Wiederaufbau der Lokalkasse. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Wir suchen

Sattler

auf Reisesäcke, Maulbügeltaschen, Keil- und Stegtaschen. Gezeichnete Sattler (Nicht-Spezialisten) werden eingearbeitet. C. Pechen & Co., Köln-Nippes, Geldernstraße 48.

Sofort tüchtiger

Wagen- und Karosserien-Sattler

gesucht. Hofwagenbau Bückeburg, S. Harmenting.

Spezialarbeiter

für Manschettenfabrik

gesucht. Schiff. 184 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Portefeuller-Steppmaschine

kauft Braun, Wln.-Reinickendorf, Schillingstr. 11.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

Portefeuller

energischer und strebsamer, welcher in der Herstellung feiner Lederwaren langjährige, möglichst auch Auslands Erfahrung hat, und in Damentaschen, Tresors usw. sowie leichten Kofferwaren Muster-gültiges leistet, als Abteilungsmeister in dauernde angenehme Stellung in alte Lederwarenfabrik sofort gesucht. Angebote erbitten u. S. P. 3. 2811 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Suchen per sofort oder 1. Januar 1920

perfekten Portefeuller

zur Anfertigung von Mustern wie: Damenhandtaschen, Brief- und Geldscheintaschen, Portemonnaies, Uttenmappen usw. und zur Unterstützung des Meisters. Derselbe muß mit allen vor- und zur fein. Bei zufriedenstellender Leistung ist Stellung eine dauernde. Gehaltsansprüche mit Zeugnisabschriften sind zu richten an

Gesellschaft Tamnum m. b. H., Bremen, Vulkanstraße.

Tücht. Portefeuller sow. perf. Sattelmacher

werden sofort eingestellt.

Lederwarenfabrik R. Guilleaume, Köln-Mülheim, Germaniastraße.

Fachlehrbücher I. Ranges

mit vielen Abbildungen.

Der praktische Sattler M. 20,10. Das Sattlerhandwerk M. 25,80. Der Automobil- und Luftschiffattler M. 7,85. Der Sattelmacher M. 10,80. Universal-Maßverzeichnis für Sattler M. 4,95. Der Sattler als Waren-garnierer M. 5,80. Der moderne Polsterer M. 18,80. Das Polstern M. 11,—. Die Schule des Tapezierers M. 15,—. Der Tapezierer und Dekorateur M. 18,80. Das Zuschneiden moderner Dekorationen M. 6,60. Der Wagen-fabrikant M. 17,20. Der Wagenlasten und sein Plan M. 10,—. Der Gerber M. 12,80. Lederfabrikation M. 9,80. Färben lohgaren Leders M. 9,80. Lederuntersuchung M. 16,50. Gerberei, technisches Auskunfts-buch M. 44,—. Die Appreturmittel M. 7,30. Schmiermittel, Schuhwäse und Lederchmiere M. 4,80. Rechenhelfer M. 4,70. Lohnrechner M. 2,—. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln M. 15,—. Privat- und Geschäftsbriefsteller M. 5,50. Buchführung M. 6,—. Rechnen M. 6,—. Wichtig Deutsch M. 6,—. Französisch M. 6,—. Englisch M. 6,—. Polnisch M. 6,—. Fremdwörterbuch M. 6,—. Rechtschreibung (Duden) M. 7,15. Rechtsformularbuch M. 6,—. Taschenbuch des allgemeinen Wissens M. 4,40. Büch-manns geflügelte Worte M. 8,80. Gedichtsammlung M. 5,—. Anekdotenbuch M. 8,—. Lehrbuch für Kaufleute M. 15,—. Der Handwerker als Kaufmann M. 7,25. Guter Ton und feine Sitte M. 5,75. Lang-lehrbuch M. 8,85. Die Gabe der gewandten Unterhaltung M. 8,20. Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirt-schaft M. 18,85. Gartenbuch M. 6,50. Gartenbuch für Anfänger M. 11,—. Gegen Nachnahme.

L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 19 BE., Annenstr. 24.



Werkzeuge

für Sattler u. Tapezierer

MAX BRUCKLACHER.

HAMBURG I

RATHAUSSTR. 17